

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/IX-027/2015)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 28.10.2015, 15:06 Uhr bis 16:45 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"
2.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
2.1.	Bericht über die Ausführung des Frauenförderplanes für das Jahr 2014 Vorlage: 3044-2015/DaDi
3.	Aktuelle Situation der Asylbewerber im Landkreis Darmstadt-Dieburg
3.1.	HLT-Rundschreiben zu Aktuelle Asylzahlen Vorlage: 3050-2015/DaDi
3.2.	Medizinische Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen Vorlage: 3051-2015/DaDi
3.3.	Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge Vorlage: 3063-2015/DaDi
3.4.	Konsequente Zuweisung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge Vorlage: 3115-2015/DaDi
3.5.	Antwortschreiben des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration zum Beschluss des Kreistages zur Unterstützung der Ehrenamtlichkeit und Stärkung der Asylarbeiterkreise Vorlage: 3075-2015/DaDi
4.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
4.1.	Umsetzung des Paktes für den Nachmittag des Landkreises Darmstadt-Dieburg; Änderung des Gesellschaftsvertrages Vorlage: 3100-2015/DaDi

5.	Kenntnisnahmen
5.1.	Bericht Frühe Hilfen
5.2.	Jahresbericht 2014 Ehrenamtliche Seniorenbeauftragte Vorlage: 3092-2015/DaDi
5.3.	Sachbericht Pflegestützpunkt 2014 Vorlage: 3093-2015/DaDi
5.4.	Antwortschreiben der Hessischen Staatskanzlei zu dem Beschluss des Kreistages zur Hebammenversorgung und Wahlfreiheit des Geburtsortes Vorlage: 3074-2015/DaDi
5.5.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Juli 2015) Vorlage: 3006-2015/DaDi
5.6.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (August 2015) Vorlage: 3056-2015/DaDi
5.7.	Einsatz von Teilhabeassistentinnen/-assistenten in Schulen Vorlage: 3082-2015/DaDi
6.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Frau Margrit Herbst	Vertreterin für Abg. Goldbach, Axel bis TOP 5.1 (16:25 Uhr)
Herr Hans-Dieter Karl	Vertreter für Abg. Dr. Göbel, Mathias
Herr Aron Krist	
Herr Clemens Laub	
Herr Matti Merker	Vertreter für Abg. Dahms, Angelika
Frau Karin Spalt	
Fraktion der CDU	
Herr Heiko Handschuh	Vertreter für Abg. Fricke, Thorsten bis TOP 3, 3.1 bis 3.5 (16:05 Uhr)
Frau Marita Keil	
Herr Frank Klock	
Frau Iris Landgraf-Sator	
Frau Gabriele Pauker-Buß	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Renate Battenberg	
Herr Christian Grunwald	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
Fraktion der FDP	
Herr Dr. Albrecht Achilles	Vertreter für Abg. Schultze, Horst
Fraktion der FW-PP	
Herr Markus Brechtel	
Fraktion von Die Linke	
Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
Kreistagspräsidium	
Frau Fraktionsvorsitzende Brigitte Harth	bis TOP 3, 3.1 bis 3.5 (16:08 Uhr)
Herr Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Hoffie	
Herr Fraktionsvorsitzender Lutz Köhler	bis TOP 3, 3.1 bis 3.5 (15:40 Uhr)
Frau Barbara Roos	
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	bis TOP 2 (15:20 Uhr)
Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	bis TOP 4 (16:21 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Herr Kreisbeigeordneter Rolf Meyer	
Herr Kreisbeigeordneter Tilman Schmieder-Harth	ab TOP 2.1 (15:37 Uhr) bis TOP 5.3 (16:29 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	bis TOP 4 (16:21 Uhr)
Verwaltung	
Frau Monika Abendschein	
Frau Johanna Fiskal	
Herr Roman Gebhardt	
Frau Angelika Hartwig	

Anwesende
Frau Nicole Wamser
Herr Otto Weber

Abwesende
Fraktion der SPD
Frau Angelika Dahms
Herr Dr. Mathias Göbel
Herr Axel Goldbach
Fraktion der CDU
Herr Thorsten Fricke
Fraktion der FDP
Herr Horst Schultze

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Stellvertretender Vorsitzender Grunwald** verweist auf die Tagesordnung. Er stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, die Tagesordnungspunkte 3, 3.1 bis 3.5 sowie die Tagesordnungspunkte 5.5 und 5.6 jeweils gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 26. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Johanna Fiskal.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"**

Beschluss:

Landrat Schellhaas berichtet, dass im Vorfeld zu der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ein Treffen stattgefunden hat, bei dem besprochen wurde, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales eine Vorlage zum Umgang mit Zentren für Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Beratung vorgelegt wird.

Er erklärt, dass die Thematik aus dem Kontext des Positionspapiers „Zukunft Gesundheit – Gemeinsam medizinische Versorgung und Pflege sichern im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ (Vorlage-Nr.: 2747-2015/DaDi) herausgelöst im Ausschuss diskutiert werden soll.

Landrat Schellhaas teilt mit, dass die ersten unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMAs) im ehemaligen Kreispflegeheim in Groß-Umstadt untergebracht worden sind.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Frau Abendschein berichtet zur „Medizinischen Soforthilfe und Beweismittelsicherung nach Vergewaltigung“. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 angefügt.

Desweiteren verweist sie auf die aktuellen Informationen des Netzwerkes Gewaltschutz, die der Niederschrift als Anlage 2 angefügt sind.

Fragen werden beantwortet.

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 3044-2015/DaDi

Aktenzeichen: 440-005

Betreff: **Bericht über die Ausführung des Frauenförderplanes für das Jahr 2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf Nachfrage von **Abg. Hoffmann-Maier** (Grüne) sagt **Erste Kreisbeigeordnete Lück** die Beantwortung der Frage, warum 15 Personen auf der Warteliste für einen Telearbeitsplatz stehen und die Zahl an Telearbeitsplätzen nicht aufgestockt werden, zu.

Auf Nachfrage von **Abg. Hoffmann-Maier** (Grüne) gibt **Landrat Schellhaas** zu Protokoll, dass das Da-Di-Werk auch einen Frauenförderplan hat. Die Beantwortung der Frage, ob die Kreiskliniken einen Frauenförderplan haben, wird nachgereicht.

Fragen werden durch **Frau Hartwig** und **Frau Abendschein** beantwortet.

Beschluss:

Dem Kreistag wird der Bericht gemäß § 6 Abs. 6 Satz 2 des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (HGIG) für das Jahr 2014 vorgelegt.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktuelle Situation der Asylbewerber im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss:

Erste Kreisbeigeordnete Lück weist auf die als Tischvorlage verteilte Zusammenfassung der konstituierenden Sitzung des 1. Hessischen Asylkonvents hin. Diese ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Weiterhin gibt sie die als Tischvorlage verteilten und als Anlage 4 beigelegten Informationen zu der aktuellen Situation der Asylsuchenden im Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis. Sie teilt mit, dass hierin keine Informationen zu den Notunterkünften enthalten sind. Hierzu berichtet sie, dass der Landkreis Darmstadt-Dieburg am Mittag des 27.10.2015 die Ankündigung des Ministeriums erhalten hat, in der Nacht von 27.10. auf 28.10.2015 rund 400 Asylsuchende unterbringen zu müssen. **Erste Kreisbeigeordnete Lück** erklärt, dass die Asylsuchenden zunächst zum Screening nach Griesheim gebracht werden und von dort auf die Notunterkünfte in Weiterstadt und Seeheim-Jugendheim verteilt werden. Weiter informiert sie, dass von den angekündigten 400 Asylsuchenden tatsächlich ca. 350 Asylsuchende im Landkreis Darmstadt-Dieburg eingetroffen sind, von denen die Mehrheit aus Afghanistan oder Syrien stammt.

Des Weiteren berichtet **Erste Kreisbeigeordnete Lück** über die außerordentliche Sitzung des Sozialausschusses des Hessischen Landkreistages und gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Insbesondere im Kontext der UMAs informiert sie über die ab 01.11.2015 geltende neue Gesetzgebung. **Erste Kreisbeigeordnete Lück** informiert, dass der Landkreis die Standortvorgaben zur Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern nach dem Jugendhilferecht derzeit nicht sicherstellen kann und dass daher für den Landkreis die Unterbringung und Versorgung der Jugendlichen im Vordergrund steht und weist in diesem Zusammenhang auf den Fachkräftemangel hin.

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt zudem Informationen zu den aktuellen Zuweisungen und teilt mit, dass kaum noch Unterkünfte für Asylsuchende zu finden sind.

Auf Nachfrage von **Abg. Brechtel** (FW-PP) gibt **Erste Kreisbeigeordnete Lück** zu Protokoll, dass eingesetzte Dolmetscher ab einer Tätigkeit von zwei Stunden pro Tag eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 EUR für die gesamte Zeit erhalten.

Fragen werden durch **Erste Kreisbeigeordnete Lück** und **Herrn Weber** beantwortet.

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 3050-2015/DaDi

Aktenzeichen: 123-002

Betreff: **HLT-Rundschreiben zu Aktuelle Asylzahlen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt das Rundschreiben des Hessischen Landkreistages Nr. 605/2015, über die vom Bundesministerium des Innern veröffentlichte neue Prognose zu den für 2015 zu erwartenden Asylanträgen.

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 3051-2015/DaDi

Aktenzeichen: 450-004

Betreff: **Medizinische Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Gemäß Kreistagsbeschluss vom 4. Mai 2015 (Vorlage-Nr.: 2764-2015/DaDi) hat Erste Kreisbeigeordnete Lück die Krankenkassen, das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, sowie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Medizinischen Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen angeschrieben.

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt das Antwortschreiben der AOK Hessen zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 3063-2015/DaDi

Aktenzeichen: 413-001

Betreff: **Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück

übergibt folgende Aufstellungen:

1. Einreisezahlen unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA) in Frankfurt am Main (Stand 04.09.2015).
2. Einreisen bzw. Kontakte von/mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern der Aufnahmeeinrichtung Frankfurt im Jahr 2015.
3. Einreisen/Kontakte von/mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern der Aufnahmestellen Frankfurt und Gießen im Jahr 2015.

Die Einreisezahlen sind bereits Anfang September 2015 mehr als doppelt so hoch als im Jahr 2014.

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg leben derzeit 108 minderjährige unbegleitete Ausländer in Jugendhilfeeinrichtungen. Für den Monat September 2015 sind noch 8 Zuweisungen angekündigt. Für das 4. Quartal 2015 beträgt die angekündigte Mindestzuweisungszahl „28“.

Unbegleitete minderjährige Ausländer werden in Deutschland im System der Jugendhilfe versorgt. Für die pädagogische Betreuung durch Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes und des Bereiches der Amtsvormundschaft erfolgen durch das Land Personalkostenerstattungen.

Mehraufwendungen des Kreises im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (Abrechnungen pp.) und der Heimaufsicht bleiben unberücksichtigt.

Durch Verhandlungen mit dem Jugendhilfeträger St. Josephshaus Klein-Zimmern, sowie dem Bischöflichen Stuhl in Mainz gelang es die Nutzung des Klosters in Dieburg für diesen Personenkreis zu ermöglichen. Es werden dort bis zu 14 junge Menschen betreut werden.

Ein Bedarf für die Schaffung weiterer Betreuungsplätze besteht.

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.: 3115-2015/DaDi

Aktenzeichen: 413-001

Betreff: **Konsequente Zuweisung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück

übergibt das Schreiben des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main (Jugend- und Sozialamt) vom 18.09.2015, mit welchem das künftige Vorgehen des Amtes zur Umsetzung der „konsequenten Zuweisung“ von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen dargestellt wird.

Sie weist darauf hin, dass **alle** in Jugendhilfeeinrichtungen im Landkreis Darmstadt-Dieburg vorhandenen Betreuungsplätze belegt sind. Durch internationale Verträge gilt für die Betreuung und Unterbringung der Minderjährigen das gleiche Recht wie für junge Menschen aus Deutschland, die nach den Bedingungen des VIII. Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) nach Kriterien der Jugendhilfe unterzubringen und zu betreuen sind.

Die Bemühungen der Verwaltung des Jugendamtes, mit Unterstützung freier Träger der Jugendhilfe, neue Plätze zu schaffen, stoßen aktuell an ihre Grenzen. Dies hängt sowohl damit zusammen, dass räumlich geeignete Unterbringungsmöglichkeiten nur schwer zu finden sind und es den freien Trägern nach eigenem Bekunden auch zunehmend schwer fällt, hierfür geeignetes Betreuungspersonal zu finden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, einhergehend mit den steigenden Zuweisungszahlen, erforderliches Fachpersonal einzustellen. Hierfür erfolgen in einem Schlüssel von 1:50 Personalkostenerstattungen durch das Land im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes, sowie weitere Personalkostenerstattungen für den Einsatz von Amtsvormündern. Angesichts der gegebenen Situation sind auch vorbeugend, also mit Blick auf die vorhersehbare Entwicklung notwendige, Personaleinstellungen vorzunehmen.

Da sich der Landkreis der Aufgabe der Betreuung und Versorgung dieser jungen Menschen nicht entziehen kann, ist die Nutzung kreiseigener Immobilien und ggf. auch der Einsatz kreiseigenen Personals für die Betreuungs- und Versorgungsleistungen möglich.

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.: 3075-2015/DaDi

Aktenzeichen: 413-001

Betreff: **Antwortschreiben des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration zum Beschluss des Kreistages zur Unterstützung der Ehrenamtlichkeit und Stärkung der Asylarbeiterkreise**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt das als Anlage beigefügte Schreiben des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration zum Beschluss des Kreistages zur Unterstützung der Ehrenamtlichkeit und Stärkung der Asylarbeiterkreise zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.1.

Vorlage-Nr.: 3100-2015/DaDi

Aktenzeichen: 213-001

Betreff: **Umsetzung des Paktes für den Nachmittag des Landkreises Darmstadt-Dieburg;
Änderung des Gesellschaftsvertrages**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Gesellschaftsvertrag der „Betreuung Da-Di GmbH“ wird wie nachfolgend dargestellt geändert:

§ 6 Absatz 1 erhält folgende neue Fassung:

(1) Die Gesellschafterversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft.
Diese setzt sich wie folgt zusammen:

- a) dem Landrat/der Landrätin,
der Ersten Kreisbeigeordneten/dem Ersten Kreisbeigeordneten und
der Kreisbeigeordneten/dem Kreisbeigeordneten und
- b) zwei von der Kreisversammlung der Bürgermeister vorgeschlagenen und vom
Kreisausschuss berufene Mitglieder.

Den Vorsitz der Gesellschafterversammlung führt der Landrat/die Landrätin.

§ 9 Redaktionelle Änderung

§ 10 Absatz 5 erhält folgende neue Fassung:

Der Abschlussprüfer ist zu beauftragen, im Rahmen der Jahresabschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und in seinem Prüfungsbericht die wirtschaftlich bedeutenden Sachverhalte im Sinne des § 53 Abs. 1 HGrG darzustellen.

§ 10 Absatz 6 erhält folgende neue Fassung:

Dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan werden die Befugnisse gemäß § 54 HGrG eingeräumt.

§ 18 wird neu eingefügt

§ 18 Anwendung des HGLG

Das HGLG in seiner jeweils gültigen Form findet voll inhaltliche Anwendung.

§ 18 Salvatorische Klausel wird zu **§ 19 Salvatorische Klausel.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 5.1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht Frühe Hilfen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald verweist auf den Bericht Frühe Hilfen, der im Jugendhilfeausschuss am 09.07.2015 vorgestellt wurde und dem Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales in gedruckter Form vorliegt.

Beschluss zu TOP 5.2.

Vorlage-Nr.: 3092-2015/DaDi

Aktenzeichen: 491-001

Betreff: **Jahresbericht 2014 Ehrenamtliche Seniorenbeauftragte**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück informiert den Kreisausschuss über den Jahresbericht 2014 der vier ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten des Landkreises Darmstadt-Dieburg.

Die Liste der Aufgaben der ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten des Landkreises Darmstadt-Dieburg beinhaltet auch, im Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA) über die jeweiligen Aktivitäten im zurückliegenden Jahr zu berichten. Der vorliegende Jahresbericht ist entsprechend der vorgegebenen Aufgaben gegliedert und bildet die Grundlage für die mündliche Berichterstattung der ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten im GGSA.

Beschluss zu TOP 5.3.

Vorlage-Nr.: 3093-2015/DaDi

Aktenzeichen: 416-006

Betreff: **Sachbericht Pflegestützpunkt 2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Abg. Hoffmann-Maier (Grüne) weist auf den Mangel von Pflegestellen für junge pflegebedürftige Jugendliche hin und schlägt daher vor, auch diesen Aspekt in der Diskussion zum Gesundheitspapier miteinfließen zu lassen.

Erste Kreisbeigeordnete Lück beantwortet Fragen.

Erste Kreisbeigeordnete Lück informiert den Kreisausschuss über den Sachbericht des Pflegestützpunktes für den Berichtszeitraum Januar 2014 bis Dezember 2014.

Der jährliche Bericht über die Arbeit des Pflegestützpunktes wird auf der Grundlage des landeseinheitlichen Dokumentationssystems erstellt und den Vertragspartnern Landkreis Darmstadt-Dieburg und Verband der Ersatzkassen (vdek) zur Verfügung gestellt.

Beschluss zu TOP 5.4.

Vorlage-Nr.: 3074-2015/DaDi

Aktenzeichen: 429-006

Betreff: **Antwortschreiben der Hessischen Staatskanzlei zu dem Beschluss des
Kreistages zur Hebammenversorgung und Wahlfreiheit des Geburtsortes**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt das als Anlage beigefügte Schreiben des Hessischen Ministerpräsidenten, Herrn Volker Bouffier, zum Beschluss des Kreistages zur Hebammenversorgung und Wahlfreiheit des Geburtsortes zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 5.5.

Vorlage-Nr.: 3006-2015/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (Juli 2015)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat Juli 4,7 % beträgt. Im Juli 2015 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.423 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 221 Personen mehr als im Vormonat Juni 2015.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	April 2015	Mai 2015	Juni 2015	Juli 2015
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	4.744 3,0 %	4.769 3,0 %	4.774 3,0 %	4.744 3,0 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.601 1,7 %	2.469 1,6 %	2.428 1,5 %	2.679 1,7 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.345	7.238	7.202	7.423
Arbeitslosenquote in %	4,7 %	4,6 %	4,5 %	4,7 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (Juli 2014) um insgesamt 339 Personen gefallen (die Arbeitslosenquote lag bei 5,0 %). Im Juli 2014 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.762 Personen arbeitslos gemeldet (5.020 Personen bzw. 3,2 % im Rechtskreis SGB II und 2.742 Personen bzw. 1,7 % im Rechtskreis SGB III).

Für die Leistungsgewährung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II wird das Einkommen aller Personen herangezogen, die mit dem Leistungsempfänger eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden.

Folgende Übersicht beschreibt die Zahl Bedarfsgemeinschaften in den vergangenen vier Monaten:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	April 2015	Mai 2015	Juni 2015	Juli 2015
Bedarfsgemeinschaften	7.249	7.307	7.319	7.188

Dazu waren im Monat Juli 2015 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.781 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	April 15	Mai 15	Juni 15	Juli 15
Landkreis Darmstadt-Dieburg	4,7	4,6	4,5	4,7
Kreis Bergstraße	4,1	4,0	3,9	4,0
Stadt Darmstadt	6,5	6,2	6,2	6,4
Kreis Groß-Gerau	6,2	5,9	5,9	6,1
Odenwaldkreis	5,6	5,4	5,4	5,6

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat Juli 4,9 %, bei 21.261 Arbeitslosen. Das sind 582 Personen mehr als im Vormonat Juni 2015.

Beschluss zu TOP 5.6.

Vorlage-Nr.: 3056-2015/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (August 2015)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat August 4,8 % beträgt. Im August 2015 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.586 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 163 Personen mehr als im Vormonat Juli 2015.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Mai 2015	Juni 2015	Juli 2015	August 2015
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	4.769 3,0 %	4.774 3,0 %	4.744 3,0 %	4.758 3,0 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.469 1,6 %	2.428 1,5 %	2.679 1,7 %	2.828 1,8 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.238	7.202	7.423	7.586
Arbeitslosenquote in %	4,6 %	4,5 %	4,7 %	4,8 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (August 2014) um insgesamt 302 Personen gefallen (die Arbeitslosenquote lag bei 5,0 %). Im August 2014 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.888 Personen arbeitslos gemeldet (5.040 Personen bzw. 3,2 % im Rechtskreis SGB II und 2.848 Personen bzw. 1,8 % im Rechtskreis SGB III).

Für die Leistungsgewährung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II wird das Einkommen aller Personen herangezogen, die mit dem Leistungsempfänger eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden.

Folgende Übersicht beschreibt die Zahl Bedarfsgemeinschaften in den vergangenen vier Monaten:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Mai 2015	Juni 2015	Juli 2015	August 2015
Bedarfsgemeinschaften	7.307	7.319	7.188	7.232

Dazu waren im Monat August 2015 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.867 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	Mai 15	Juni 15	Juli 15	August 15
Landkreis Darmstadt-Dieburg	4,6	4,5	4,7	4,8
Kreis Bergstraße	4,0	3,9	4,0	4,1
Stadt Darmstadt	6,2	6,2	6,4	6,6
Kreis Groß-Gerau	5,9	5,9	6,1	6,2
Odenwaldkreis	5,4	5,4	5,6	5,7

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat August 5,0 %, bei 21.717 Arbeitslosen. Das sind 456 Personen mehr als im Vormonat Juli 2015.

Beschluss zu TOP 5.7.

Vorlage-Nr.: 3082-2015/DaDi

Aktenzeichen: 421-009

Betreff: **Einsatz von Teilhabeassistentinnen/-assistenten in Schulen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen und berichtet, dass aufgrund des Fachkräftemangels kaum noch Kräfte zu finden sind, die als Teilhabeassistenten eingesetzt werden können.

Erste Kreisbeigeordnete Lück und **Herr Weber** beantworten Fragen.

Erste Kreisbeigeordnete Lück

übergibt das in Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen 531 (Jugendhilfe), 540 (Soziales, Pflege und Senioren) und dem Staatlichen Schulamt erarbeitete Arbeitspapier „Hinweise zum Einsatz von Teilhabeassistentinnen/-assistenten in Schulen nach § 35 a SGB VIII, sowie § 53 ff. SGB XII“.

Beschluss zu TOP 6.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald schließt die Sitzung um 16:45 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 2. November 2015

Für die Ausfertigung

gez. Christian Grunwald
Christian Grunwald
Stv. Vorsitzender

gez. Johanna Fiskal
Johanna Fiskal
Schriftführerin